

Beschluss:

Vertagt in die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird gebeten, beim Bund eine Fristverlängerung für die Abgabe einer im Stadtrat verabschiedeten städtischen Stellungnahme zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 zu beantragen.